

Boss, Alfred; Flemig, Günter; Langfeldt, Enno; Trapp, Peter; Walter, Norbert

**Article — Digitized Version**

## Bundesrepublik Deutschland: vor nochmaligem Produktionsrückgang

Die Weltwirtschaft

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Boss, Alfred; Flemig, Günter; Langfeldt, Enno; Trapp, Peter; Walter, Norbert (1981) : Bundesrepublik Deutschland: vor nochmaligem Produktionsrückgang, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 2, pp. 16-37

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3171>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Bundesrepublik Deutschland: Vor nochmaligem Produktionsrückgang

Von Alfred Boss, Günter Flemig, Enno Langfeldt, Peter Trapp und Norbert Walter

1. Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland hat sich im Laufe des Jahres 1981 weiter verschlechtert. Der Rückgang von Nachfrage und Produktion ist zwar zum Stillstand gekommen, doch ging die Kapazitätsauslastung weiter zurück. Im Herbst 1981 lag die Auslastung der Sachkapazitäten um rd. 5 Prozentpunkte niedriger als Anfang 1980 vor Beginn der Rezession (Schaubild 1). Der anhaltende Abschwung hat deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Zahl der Arbeitslosen ist Ende 1981 etwa 50 vH höher als vor Jahresfrist; sie hat mit 1,5 Millionen einen Stand erreicht, wie er zuletzt Anfang der fünfziger Jahre verzeichnet worden war.

2. Ausschlaggebend für den anhaltenden Konjunkturabschwung war die ausgeprägte Schwäche der Inlandsnachfrage. Besonders der private Verbrauch ging merklich zurück. Aber auch die Ausrüstungsinvestitionen, die 1980 noch relativ robust erschienen, sind 1981 gesunken. Nur der kräftige Exportanstieg im Gefolge der realen Abwertung der DM hat einen deutlichen Rückgang des realen Sozialprodukts verhindert.

Trotz nachlassender Nachfrage ist noch keine Wende in der Inflationsentwicklung eingetreten. Kräftig steigende Importpreise haben dafür gesorgt, daß der Preisanstieg im Herbst 1981 einen neuen Höhepunkt erreichte. Nur die außenwirtschaftliche Lage hat sich verbessert. Die Leistungsbilanz wird 1981 mit einem geringeren Defizit abschließen als 1980.

3. Zu der unbefriedigenden Entwicklung von Nachfrage und Produktion haben strukturelle Probleme in einzelnen Bereichen beigetragen. In arbeitsintensiven Branchen hat sich die Konkurrenz von außen seit längerem verstärkt. Die Energieverteuerung wirkte sich dämpfend auf die Verbrauchsnachfrage aus. Der Hauptgrund für die schwache Inlandsnachfrage ist jedoch, daß die Wirtschaftspolitik ihren Restriktionskurs 1981 fortgesetzt, ja zeitweise sogar verschärft hat. Da die Tarifparteien der daraus resultierenden Konjunkturschwäche und der einkommensmindernden Importverteuerung bei der Lohnrunde nicht ausreichend Rechnung trugen, gerieten die Unternehmen unter beträchtlichen Kostendruck, was erheblich zur Abschwächung der Investitionsneigung beitrug. Insgesamt ist durch die Wirtschafts- und Lohnpolitik verhindert worden, daß die Anpassung an die veränderten weltwirtschaftlichen Bedingungen über steigende Investitionen erfolgte.

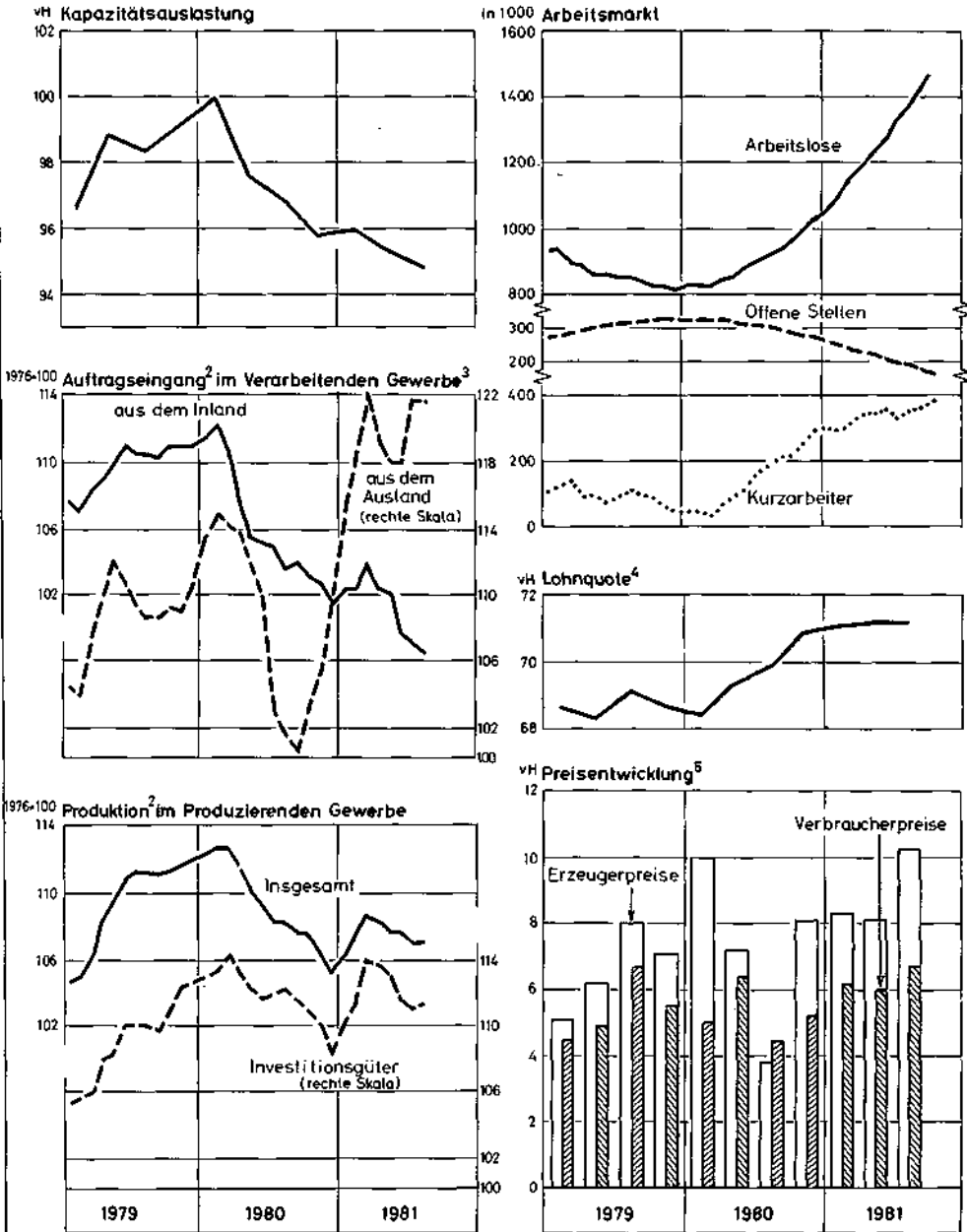
Die Unternehmen und Haushalte haben wie erwartet auf die Veränderung der relativen Preise reagiert. Dies zeigt sich in der starken Abnahme des Mineralölverbrauchs und in der raschen Nutzung der Exportchancen, die sich aus der realen Abwertung der DM (bis Sommer 1981) ergeben, ebenso wie in dem forcierten Abbau der Beschäftigung und dem deutlichen Rückgang der Investitionstätigkeit in den Bereichen, in denen bei den gegenwärtig hohen Kostenbelastungen und ungünstigen Absatzaussichten nicht mehr rentabel produziert werden kann.

## Wirtschaftspolitik wirkt weiter restriktiv

4. Die Bundesbank hat zwar seit dem Herbst 1981 ein Sinken der kurzfristigen Zinsen zugelassen, doch läßt sich daraus keine Abkehr vom Restriktionskurs ableiten. Schon aus

Schaubild 1

Indikatoren zur Konjunkturlage in der Bundesrepublik Deutschland<sup>1</sup>



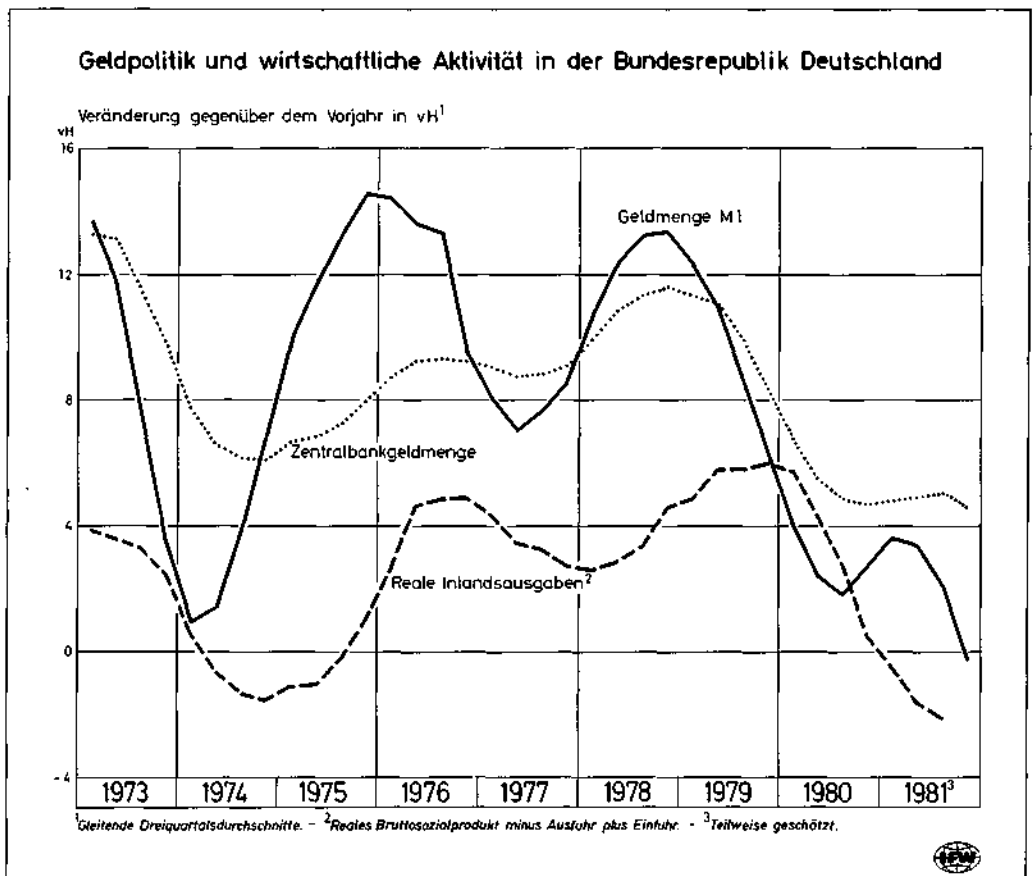
<sup>1</sup>Saisonbereinigte Werte. - <sup>2</sup>Gleitender Dreimonatsdurchschnitt aus saisonbereinigten Werten. - <sup>3</sup>Ohne Nahrungs- und Genussmittelgewerbe; in Preisen von 1976. - <sup>4</sup>Bereinigt um Änderungen der Erwerbstätigenstruktur. - <sup>5</sup>Laufende Jahresraten in vh.



der deutlich schwächeren Kreditnachfrage der Privatwirtschaft resultiert ein merklicher Druck auf die Zinsen. Außerdem dürfte die langanhaltende Nachfrageschwäche – trotz starken Kostendrucks und noch hoher Inflationsraten – die Erwartungen auf eine baldige Verlangsamung des Preisanstiegs verstärkt haben. Auch daraus resultieren tendenziell sinkende Zinsen. Die Bundesbank ist also mit der Senkung der von ihr festgesetzten Refinanzierungssätze nur dem konjunkturbedingten Zinsrückgang gefolgt.

Die Entwicklung der Geldmenge M1, in der die Wirkungen der Geldpolitik am deutlichsten zum Ausdruck kommen, deutet auf eine anhaltend restriktive Politik hin (Schaubild 2). Von Februar, als der geldpolitische Kurs verschärft wurde, bis Oktober ist M1 mit einer Jahresrate von 2,5 vH gesunken. Seit dem Beginn der Restriktionspolitik Anfang 1979 nahm die Geldmenge M1 nur mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von 1 vH zu; bereinigt um den Preisanstieg war ein durchschnittlicher jährlicher Rückgang um 4 vH zu verzeichnen. Eine so lange und scharfe geldpolitische Restriktionsphase hat es in der Nachkriegszeit noch nicht gegeben. Bereits jetzt ist der Rückgang der Inlandsausgaben stärker als in der Rezession von 1974/75; ein weiterer Rückgang ist wegen der üblichen Wirkungsverzögerungen zu erwarten.

Schaubild 2



5. Die Zentralbankgeldmenge, für die die Bundesbank ihr Geldmengenziel festlegt, ist im Herbst kaum noch gestiegen; sie lag zuletzt sogar unter dem Zielkorridor. Die Bundesbank dürfte darauf mit weiteren Zinssenkungen reagieren; doch ist zu befürchten, daß zinspolitische „Trippelschritte“ nicht ausreichen, um bei konjunkturbedingt sinkenden Zinsen eine potentialgerechte Ausweitung der Geldmenge zu erreichen. Erst im Laufe von 1982 – insbesondere bei einer stärkeren Aufwertungstendenz der DM – ist mit einer deutlichen Lockerung zu rechnen.

6. Die Bundesregierung hat mit der „Operation '82“ eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die darauf abzielen, das Haushaltsdefizit 1982 auf 26,5 Mrd. DM zu begrenzen. Die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen soll dazu beitragen, das Vertrauen in die DM zu stärken und den Kapitalmarkt zu entlasten, um so den Weg für einen Zinsrückgang zu bereiten. Vorgesehen ist, den Ausgabenanstieg des Bundes auf knapp 4 vH zurückzuführen. Um die Zuschüsse des Bundes an die Arbeitslosenversicherung zu reduzieren, wird der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung erhöht, zum Teil werden dabei freilich nur Beiträge von der Rentenversicherung zur Arbeitslosenversicherung umgeschichtet. Außerdem werden die Einnahmen durch die Anhebung einiger Verbrauchsteuern und eine Fülle von steuerlichen Einzelmaßnahmen verbessert. Die Länder und Gemeinden dürften ebenfalls ihre Ausgaben kürzen, um sich dem verengten Einnahmerahmen anzupassen.

7. Angesichts der schlechten Beschäftigungslage hat die Bundesregierung gleichzeitig mit dem Konsolidierungsprogramm Maßnahmen beschlossen, die die Investitionen fördern und die internationale Wettbewerbsfähigkeit stärken sollen. Dabei handelt es sich vor allem um erweiterte Abschreibungsmöglichkeiten, zusätzliche Mittel zur Förderung der Mikroelektronik und verbesserte Möglichkeiten des Verlustrücktrags. Diese Maßnahmen wirken, für sich genommen, zwar positiv auf die Unternehmensrentabilität und die Investitionsneigung. Die Wirkungen werden aber weitgehend kompensiert durch die anderen Steuerrechtsänderungen im Maßnahmenpaket der Bundesregierung, die zu zusätzlichen Belastungen der Unternehmen führen. So soll u.a. die steuerbegünstigte Reinvestition von Veräußerungsgewinnen eingeschränkt, der Vorsteuerabzug für Pkw-Käufe der Unternehmen abgeschafft und die Höhe bereits gebildeter steuerfreier Pensionsrückstellungen reduziert werden. Investitionshemmend wirkt aber auch die anhaltende Debatte über zusätzliche beschäftigungs- und investitionsfördernde Programme, da sie den Attentismus der Investoren erhöht.

8. Die Konsolidierungspolitik würde das Wirtschaftswachstum weniger beeinträchtigen, wenn durch die Sparmaßnahmen allein die Personal- und Sozialausgaben betroffen wären, die Ausgabenstruktur also mit dem Ziel geändert würde, die konsumtiven Ausgaben zurückzudrängen. Tatsächlich wird aber die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte vor allem über Streichungen bei Investitionsvorhaben betrieben. Die beschlossenen Abstriche etwa beim Kindergeld und die beabsichtigten Kürzungen bei den Personalausgaben fallen demgegenüber bescheiden aus. Wie in vergleichbaren Konjunkturphasen der Vergangenheit wird also die Ausgabenstruktur in einer Weise verändert, die die Wachstumschancen vermindert.

9. Den Haushaltsplänen für 1982 liegen relativ optimistische Annahmen bezüglich der Entwicklung von Konjunktur und Arbeitsmarkt zugrunde. Wahrscheinlich ist angesichts der anhaltenden Nachfragedämpfung, daß die Entwicklung ungünstiger verläuft. Deshalb ist zu erwarten, daß die Ausgaben stärker steigen und die Einnahmen hinter den Ansätzen zurückbleiben. Dies wird einerseits zu weiteren Ausgabenkürzungen führen. Andererseits dürften angesichts der weiter steigenden Arbeitslosenzahl Maßnahmen zur Stabilisierung

Tabelle 1 - Konjunkturelle Impulse<sup>1</sup> durch den Staat<sup>2</sup> in der Bundesrepublik Deutschland 1975-1982 (Mrd. DM)

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981 <sup>3</sup>	1982 <sup>3</sup>
Produktionspotential in Preisen von 1970 .....	813,0	832,2	849,8	871,2	894,0	917,7	937,2	952,8
Produktionspotential bei „konjunkturalneutralen“ Preisniveaustieg .....	1 100,4	1 190,9	1 249,0	1 329,1	1 408,9	1 514,6	1 614,1	1 705,6
Bruttosozialprodukt bei „Normalauslastung“ .....	1 063,0	1 150,4	1 206,5	1 283,9	1 361,0	1 463,1	1 559,2	1 647,6
Staatsausgaben bei gleicher Staatsquote wie im Basisjahr ..	401,1	434,1	455,3	484,5	513,5	552,1	588,3	621,7
Mehreinnahmen aufgrund von Änderungen der Abgabenquote .....	50,7	70,8	88,2	87,1	87,1	94,9	103,4	110,6
Tatsächliche Staatsausgaben ...	487,6	522,4	557,5	597,1	644,8	696,4	738,2	770,9
Veränderung des konjunkturellen Impulses ....	26,2	-18,3	-3,5	11,5	18,7	5,2	-3,0	-8,0

<sup>1</sup> Zum methodischen Ansatz vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1977/78, Bundestagsdrucksache 8/1221 vom 22. November 1977, S. 213-214, S. 216-218. Bei der Berechnung der von Konjunkturschwankungen bereinigten Kapitalproduktivität wird ein logarithmisch-linearer Trend zugrunde gelegt. - <sup>2</sup> Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - <sup>3</sup> Geschätzt.

Quelle: Eigene Berechnungen.

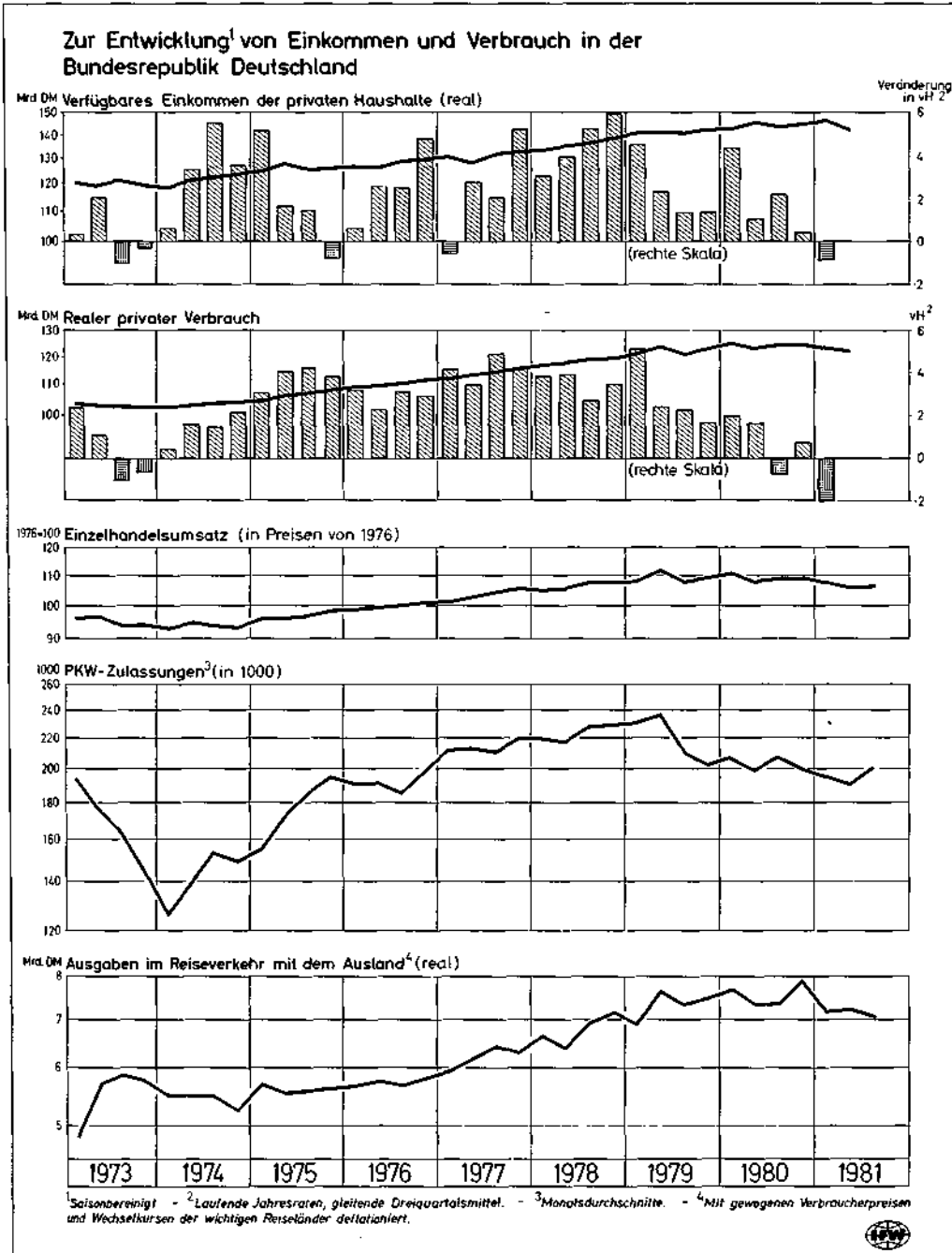
der Beschäftigungssituation in Form von Zinssubventionen für private Investitionen und Mehrausgaben für öffentliche Investitionen beschlossen werden. Sie werden aber weder so umfangreich ausfallen noch so rasch wirken, daß sich etwas an der restriktiven Gesamtwirkung der Finanzpolitik im Jahre 1982 ändert (Tabelle 1).

10. Im Vorfeld der Lohnrunde 1982 scheint es angesichts der prekären Arbeitsmarktlage eine gewisse Bereitschaft zu geben, die überhöhten Lohnabschlüsse der Jahre 1980/81 teilweise zu korrigieren. Angemessen wäre eine Nominallohnpause, um die 1980/81 eingetretene Gewinnkompression in etwa rückgängig zu machen. Wegen der kräftigen Zunahme der Inflationsrate im Verlauf des Jahres 1981 dürfte es jedoch kaum dazu kommen. Eine bis zum Zeitpunkt des Tarifabschlusses weiter ungünstige Arbeitsmarktentwicklung und eine anhaltende Verschlechterung der Absatzaussichten der Unternehmen werden aber wohl verhindern, daß die Lohnerhöhungen nennenswert über 4 vH hinausgehen. Solche Lohnabschlüsse würden aber wegen der anhaltend restriktiven Politik, die auch 1982 zu Produktionsrückgängen führen dürfte, die Ertragslage der Unternehmen nicht entlasten, zumal auch die Beitragssätze für die Sozialversicherung insgesamt um etwa  $\frac{3}{4}$  Prozentpunkte angehoben werden und früher tarifvertraglich vereinbarte Leistungen kostenwirksam werden.

### Sinkender privater Verbrauch

11. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte nahm 1981 nur noch schwach zu. Dämpfend wirkte vor allem, daß die Beschäftigung und die Arbeitszeit im Zuge des Abschwungs deutlich zurückgingen. Schrumpfende Unternehmenserträge führten dazu, daß

Schaubild 3



auch die Entnahmen und Vermögenseinkommen trotz steigender Zinseinkommen schwächer stiegen als bisher.

Real gerechnet ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte seit Jahresbeginn sogar gesunken (Schaubild 3). Angesichts der hohen Zinsen, die sowohl den Kauf von Finanzaktiva attraktiv machten als auch die Aufnahme von Konsumentenkrediten dämpf-

ten, und der sich weiter verschlechternden Wirtschaftslage kompensierten die privaten Haushalte die sinkenden Einkommen nicht durch einen Rückgriff auf die Ersparnis. Sie erhöhten vielmehr ihre Sparquote. Die Folge war ein deutlicher Rückgang des realen privaten Verbrauchs, der damit nicht wie in früheren Rezessionen konjunkturstützend wirkte, sondern eher den Abschwung verstärkte.

12. Die Verbraucher schränkten besonders die Käufe jener Güter ein, deren Preise überdurchschnittlich stark gestiegen waren. Insbesondere die drastische Preiserhöhung für Brennstoffe veranlaßte die Haushalte, ihren Verbrauch zu reduzieren. Die Verteuerung war hier allerdings so stark, daß die Ausgabensumme trotz massiven Verbrauchsrückgangs deutlich zunahm, was zu Lasten der Nachfrage nach anderen Gütern ging. Die Käufe von Pkw gingen nach der Jahresmitte 1981 nicht weiter zurück. Dabei mag neben unaufschiebbar gewordenen Ersatzbeschaffungen auch eine Rolle gespielt haben, daß die Verteuerung der Kraftstoffe in vielen Fällen einen Anreiz zum Kauf von verbrauchsgünstigen Pkw darstellte. Deutliche Spuren der Rezession zeigten sich bei den Käufen von Hausrat – hier wirkte sich die verringerte Wohnbautätigkeit aus – und auch bei anderen langlebigen Gebrauchsgütern und bei Bekleidung. Die nominalen Ausgaben der privaten Haushalte für Ferienreisen stiegen nur noch verlangsamt. Real, also bereinigt um die Teuerungsrate im Ausland und die Wechselkursentwicklung, sind die Ausgaben bereits seit einiger Zeit nicht mehr gestiegen und zuletzt deutlich zurückgegangen (Schaubild 3).

13. Angesichts des Rückgangs der Beschäftigung bis zum Jahresende 1982 wird das Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit allenfalls schwach steigen. Das Nettoeinkommen wird durch die nun wieder voll wirksame Steuerprogression und durch die Erhöhung der Sozialversicherungsbeiträge zusätzlich belastet. Die Kürzungen im sozialen Bereich (Kindergeld u.a.) werden dazu führen, daß die Einkommensübertragungen schwächer steigen, als unter dem Einfluß der steigenden Arbeitslosigkeit zu erwarten wäre. Insgesamt dürfte also das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte 1982 eher noch langsamer zunehmen als 1981. Das reale Einkommen wird im Jahresdurchschnitt nochmals zurückgehen.

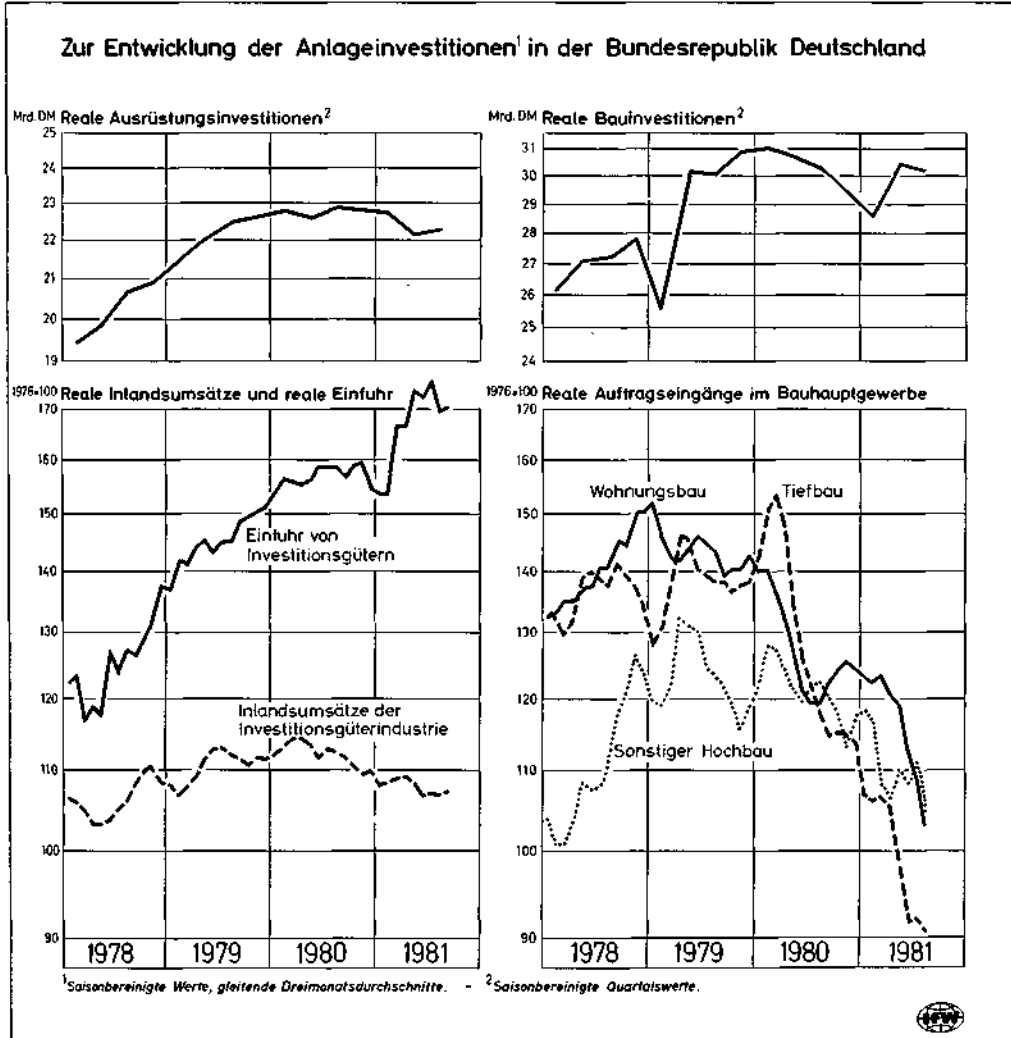
14. Das Konsumklima wird bis weit in das Jahr 1982 hinein von der schlechten Wirtschaftslage bestimmt werden. Wenn auch die sinkenden Zinsen die Attraktivität von Kapitalanlagen mindern, so dürfte die Sparquote doch wohl erst in der zweiten Jahreshälfte 1982 sinken, wenn sich am Horizont eine konjunkturelle Verbesserung abzeichnet. Der reale private Verbrauch wird unter diesen Voraussetzungen zunächst noch abnehmen. Etwa von der Jahresmitte ab ist mit einer leichten Erhöhung zu rechnen. Dennoch wird der reale private Verbrauch im Jahresdurchschnitt 1982 das Vorjahrsniveau wohl kaum erreichen.

#### **Talfahrt der Ausrüstungsinvestitionen**

15. Die Ausrüstungsinvestitionen, die sich 1980 noch als relativ immun gegen die Rezessionstendenzen erwiesen hatten, gingen im zweiten Quartal 1981 erstmals deutlich zurück (Schaubild 4). Diese Entwicklung wird sich wohl im zweiten Halbjahr tendenziell fortgesetzt haben, wengleich die geplante Abschaffung des Vorsteuerabzugs für Pkw Ende 1981 noch zu vorgezogenen Käufen geführt haben dürfte. Die Einfuhren von Investitionsgütern sind im Frühsommer 1981 zwar noch einmal kräftig gestiegen, dies ist aber vor allem auf Sonderentwicklungen im Luft- und Raumfahrtbereich zurückzuführen: Hier wurde das Außenhandelsvolumen durch die Einfuhr von Flugzeugen, die im Inland komplettiert und dann wieder exportiert wurden, statistisch überzeichnet.

Die realen Auftragseingänge der Investitionsgüterindustrie aus dem Inland haben seit Anfang 1980 deutlich abgenommen. Die Entwicklung im zweiten Halbjahr 1981 deutet





darauf hin, daß sich die Investitionsneigung zuletzt beschleunigt abgeschwächt hat. Davon betroffen sind fast alle Bereiche der Investitionsgüterindustrie. Auch die Hersteller von Datenverarbeitungsanlagen und Büromaschinen verzeichneten deutliche Rückgänge bei den Bestellungen.

16. Die Absatz- und Ertragsaussichten lassen nicht erwarten, daß sich die Investitionstätigkeit 1982 erholt. Das anhaltend hohe Nominalzinsniveau wird bei zunehmendem Druck auf die Preiserhöhungsspielräume die Investitionsneigung weiter dämpfen. Auch bei konjunkturbedingt sinkenden Zinsen werden die Investoren wohl zunächst eine abwartende Haltung einnehmen, weil mit länger anhaltender Rezession die Aussicht auf stärker sinkende Zinsen zunimmt. Von der Finanzpolitik werden kaum investitionsstimulierende Wirkungen ausgehen. Die Lohnrunde 1982 wird die Unternehmenserträge wohl nicht verbessern. Die Terms of Trade werden 1982 vermutlich steigen, doch wird dies nur helfen, einen weiteren Rückgang der durch niedrige Kapazitätsauslastung, kräftige Verteuerung der Vormaterialien und erhöhte Finanzierungs- und Personalkosten stark gedrückten Gewinne zu verhindern.

17. Während die Investitionstätigkeit bisher noch durch die Investitionen in energiesparende Fertigungsanlagen und in die Entwicklung neuer Produkte gestützt wurde, treten nun die investitionsdämpfenden Effekte der konjunkturellen Schwäche stärker in den Vordergrund. Der Rückgang der Investitionstätigkeit dürfte 1982 nahezu alle Bereiche erfassen; besonders im Baugewerbe, in der Landwirtschaft und im Handel werden die Investitionen abnehmen. Nur für den Bergbau ist zu erwarten, daß 1982 mehr investiert wird. Insgesamt ist nach einer Abnahme der realen Ausrüstungsinvestitionen 1981 um 3,5 vH im Jahr 1982 mit einem Rückgang um rd. 5 vH zu rechnen.

### **Bauwirtschaft in der Krise**

18. Das Anziehen der Zinsschraube hat zu einem Einbruch bei den Auftragseingängen und einer drastischen Zunahme der Konkurse in der Bauwirtschaft geführt. Seit der Jahreswende 1979/80 ist die Nachfrage nach Bauleistungen um rd. 30 vH, die Produktion um rd. 14 vH und die Beschäftigung um etwa 5 vH gesunken. Eine Besserung der Lage ist noch nicht abzusehen; es ist daher zu befürchten, daß die Krise der Bauwirtschaft ähnliche Ausmaße erreicht wie 1974/75. Im Gegensatz zu 1974/75 ist diesmal der Nachfragerückgang im öffentlichen Bau am ausgeprägtesten (Schaubild 4).

Das Profil der Bautätigkeit im Jahre 1981 wird durch extreme Witterungseinflüsse verzerrt. Aufgrund des kalten Winters 1980/81 fiel der Produktionsrückgang sehr stark aus. Der Anstieg der Bauinvestitionen im Sommerhalbjahr 1981 dürfte Reflex dieser Entwicklung sein. Im Winterhalbjahr ist wegen der anhaltend schwachen Nachfrage wieder mit einem deutlichen Rückgang der Bautätigkeit zu rechnen. Nach dem Bauhauptgewerbe ist auch das Ausbaugewerbe infolge sinkender Fertigstellungen von Wohnungen und abnehmender Nachfrage nach Modernisierungs- und Energiesparinvestitionen in den Sog der Baukrise geraten.

19. Die Nachfrageschwäche im Wohnungsbau dürfte 1982 anhalten. Die deutliche Verschlechterung der Einkommens- und Beschäftigungslage wird viele Bauwillige veranlassen, ihre Bauentscheidung zunächst aufzuschieben. Zwar werden von der geplanten Erhöhung der Abschreibungshöchstbeträge nach § 7b und der Einführung einer „Kinderkomponente“ tendenziell positive Wirkungen auf den Eigenheimbau ausgehen. Die Erwartung sinkender Zinsen bei stagnierenden Preisen dürfte die Bauherren jedoch zunächst zu einer abwartenden Haltung veranlassen. Der zögerliche Zinsrückgang und die Unsicherheit hinsichtlich der künftigen Ausgestaltung der staatlichen Wohnungspolitik lassen erwarten, daß es im Mietwohnungsbau trotz der Erhöhung der degressiven Abschreibungen zu keiner raschen Nachfragebelebung kommt.

20. Im öffentlichen Bau wird sich der Nachfragerückgang 1982 eher noch fortsetzen. Nur schwach steigende Steuereinnahmen werden insbesondere bei den Ausgaben, die wie die Investitionen nicht durch entsprechende gesetzliche Festlegungen fixiert sind, zu Kürzungen führen. Bei den Gemeinden, dem wichtigsten öffentlichen Investor, kommt erschwerend hinzu, daß Bund und Länder ihre Zuweisungen spürbar einschränken. Im gewerblichen Bau wird angesichts niedriger Kapazitätsauslastung und stark komprimierter Gewinne die Neigung der Unternehmen, Bauprojekte im Zusammenhang mit Erweiterungsinvestitionen zu tätigen, gering bleiben. Die Auftragsvergaben von Bahn und Post sind derzeit ebenfalls stark rückläufig. Allein einige energiewirtschaftliche Investitionsvorhaben (wie z.B. der Ausbau der Fernwärmeversorgung) dürften stützend wirken.

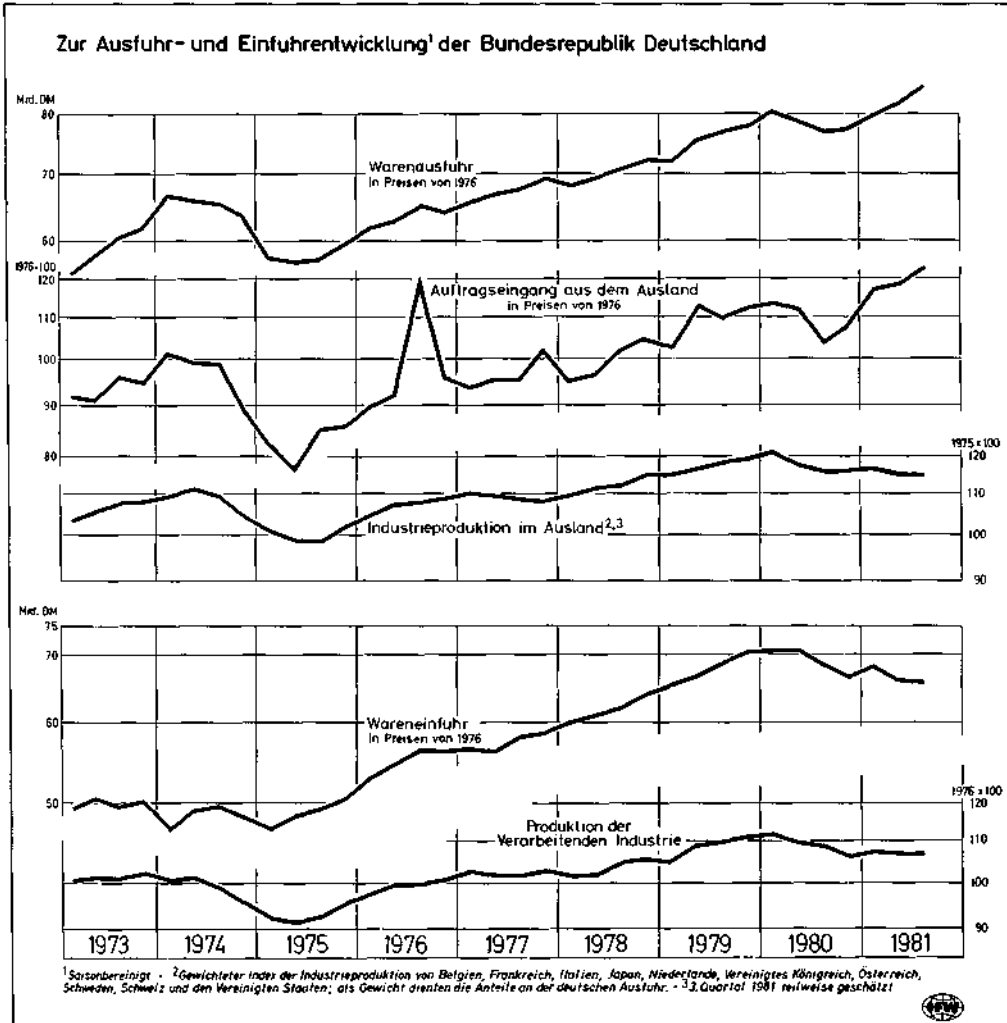
Insgesamt werden die Bauinvestitionen nach einem Rückgang um rd. 4 vH im Jahr 1981 auch 1982 sinken. Das Tempo der Abnahme dürfte sich jedoch im Laufe des Jahres abschwächen.

Im Jahresdurchschnitt ergibt sich daraus ein nochmaliger Rückgang der Bauinvestitionen um rd. 5 vH. Der Preisanstieg wird angesichts der Nachfrageschwäche in laufender Entwicklung praktisch zum Stillstand kommen, im Jahresdurchschnitt aber noch rd. 2,5 vH betragen nach etwa 5 vH im Jahr 1981.

### Kein Anhalten des Exportbooms

21. Die reale Warenausfuhr ist seit Ende 1980 trotz der anhaltend schwachen Konjunktur in den westlichen Industrieländern kräftig gestiegen (Schaubild 5). Zweifellos hat dabei die deutliche Abwertung der DM insbesondere gegenüber dem amerikanischen Dollar eine Rolle gespielt, von Ende 1979 bis Mitte 1981 hat sich die deutsche Wettbewerbsposition auf den Weltmärkten um gut 15 vH verbessert. Aber auch spekulative Elemente dürften für den Exportboom von Bedeutung gewesen sein. So wurde die DM aufgrund des relativ niedrigen Preis- und Kostenanstiegs vielerorts bereits seit geraumer Zeit als aufwertungsverdächtig

Schaubild 5



angesehen. Je länger die Abwertungstendenz anhielt, um so stärker wurde die Erwartung einer deutlichen Wende in der Wechselkursentwicklung. Hinzu kam, daß die Paritäten im Europäischen Währungssystem (EWS) immer stärker unter Druck gerieten.

22. Besonders stark nahm die Ausfuhr nach Frankreich und nach Belgien sowie nach den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich zu. Daß die Ausfuhr nach Italien kaum stieg, ist wohl auf administrative Hemmnisse (Importbardepot) zurückzuführen. Auch die OPEC-Länder sowie einige Schwellen- und Entwicklungsländer haben die Abwertung der DM gegenüber dem Dollar zum Anlaß genommen, ihre Importe aus der Bundesrepublik stark auszuweiten.

In branchenmäßiger Gliederung fällt auf, daß insbesondere die Ausfuhr von Kraftfahrzeugen durch die reale Abwertung der DM begünstigt wurde. In Frankreich gelang es deutschen Anbietern beispielsweise, bei insgesamt sinkenden Zulassungszahlen ihre Marktanteile deutlich auszuweiten. Relativ stark stiegen auch die Ausfuhren der chemischen Industrie und in den letzten Monaten auch die der Eisen- und Stahlindustrie.

23. Die Prognose der deutschen Ausfuhr ist vor allem wegen der Effekte von Wechselkurs-erwartungen, die nicht eindeutig zu quantifizieren sind, gegenwärtig mit besonders hohen Risiken behaftet. Die Auftragsgänge aus dem Ausland sind zwar bis zum Herbst 1981 gestiegen, dies gibt jedoch – auch bei dem noch immer relativ günstigen Wechselkurs – keine Gewähr dafür, daß die Ausfuhr im Verlauf des Winterhalbjahrs weiter expandieren wird. Die Erfahrung im Winterhalbjahr 1974/75 und im Frühjahr 1980 zeigt, daß ein Rückgang der Auslandsnachfrage nahezu gleichzeitig ein Sinken der Ausfuhr zur Folge hatte (Schaubild 5). Nachdem die von vielen erwartete Wende in der Wechselkursentwicklung in den letzten Monaten eingetreten ist – von Jahresmitte bis November hat sich die DM gegenüber dem US-Dollar und dem britischen Pfund um rd. 10 vH, gegenüber der Lira und dem französischen Franc um reichlich 5 vH aufgewertet –, wird es im Winterhalbjahr 1981/82 wohl zu einer Reaktion auf vorgezogene Aufträge und Lieferungen kommen.

24. Dämpfende Effekte auf die Ausfuhr dürften im Winterhalbjahr auch von der konjunkturellen Entwicklung in den westlichen Industrieländern ausgehen. Erst im späteren Verlauf des Jahres 1982 ist – falls es zu einer wirtschaftspolitischen Lockerung zur Jahreswende kommt – eine Belebung der Auslandsnachfrage zu erwarten. Zudem ist wahrscheinlich, daß sich 1982 die Aufwertung der DM fortsetzt. Damit dürfte der in den letzten Jahren gewonnene Wettbewerbsvorsprung der deutschen Exporteure eher etwas kleiner werden.

Die Öleinnahmen der OPEC-Länder werden bei sinkendem Absatz und eher nachgebenden Ölpreisen (in \$) erheblich niedriger ausfallen als 1981. Dies dürfte dazu führen, daß die Ausfuhr in die OPEC-Länder langsamer steigt. Die Leistungsbilanzen der Entwicklungsländer werden durch weiter nachgebende Weltmarktpreise belastet. Mit dem Ausfall von Deviseneinnahmen dürfte auch die Importnachfrage dieser Länder abnehmen.

Im Jahresdurchschnitt 1982 wird die Zunahme der realen Warenausfuhr wegen der ungünstigen Entwicklung im Winterhalbjahr 1982 rd. 2 vH betragen, nach etwa 6 vH im Jahr 1981; 1982 wird die deutsche Ausfuhr nochmals stärker steigen als der Welthandel.

### **Zunächst noch rückläufige Einfuhr**

25. Die reale Wareneinfuhr ist im Sommerhalbjahr 1981 weiter gesunken. Besonders ausgeprägt war der Rückgang der Einfuhr von industriellen Vorprodukten. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Lagerbestände angesichts hoher Zinsen und stagnierender oder sogar sinkender Industrieproduktion abgebaut worden sind. Der wechselkursbedingte

Anstieg der DM-Einfuhrpreise und die erwartete Wende in der Wechselkursentwicklung dürften den Lagerabbau kräftig gefördert haben. Auch die starke Abnahme des Mineralölverbrauchs hat dazu beigetragen, daß die Einfuhr von industriellen Vorprodukten gesunken ist.

Die Einfuhr von Fertigwaren stagnierte in den Sommermonaten. Dabei ging die Einfuhr von Verbrauchsgütern zurück und folgte damit der nachgebenden Verbrauchsnachfrage. Die Einfuhr von Investitionsgütern stieg dagegen – vor allem im zweiten Quartal 1981 – deutlich an. Dies war jedoch nicht auf eine lebhaftere Investitionstätigkeit, sondern auf Sondereinflüsse zurückzuführen: So ist der Außenhandel mit Investitionsgütern seit Jahresbeginn offensichtlich durch den grenzüberschreitenden Transport von Luftfahrzeugen statistisch überzeichnet.

26. Da bei der Industrieproduktion im Winterhalbjahr 1981/82 ein weiterer Rückgang zu erwarten ist und das Zinsniveau wohl nur zögernd sinkt, ist eine durchgreifende Wende bei den Lagerdispositionen vorerst nicht zu erwarten. Das Tempo des Lagerabbaus dürfte sich allerdings verlangsamen. Schon jetzt hat die Vorratshaltung ein relativ niedriges Niveau erreicht. Nach der Kräftigung der DM gegenüber dem \$ haben sich die Aufwertungserwartungen wohl spürbar vermindert, so daß von daher kaum noch Grund besteht, die Lagerhaltung weiter auszubauen.

Angesichts der erwarteten Abnahme der inländischen Investitions- und Verbrauchsnachfrage sind Impulse für die Einfuhr von Fertigwaren nicht zu erwarten. Auch die geringfügig verbesserte Wettbewerbsposition ausländischer Anbieter durch die Aufwertung der DM dürfte daran wenig ändern. So wird die gesamte Wareneinfuhr zunächst weiter rückläufig sein.

27. Erst mit der Belebung von Nachfrage und Produktion im zweiten Halbjahr 1982 dürfte auch die reale Wareneinfuhr wieder zunehmen. Am stärksten und am frühesten wird dabei infolge des Umschwungs in der Lagerhaltung die Einfuhr von Vorprodukten reagieren. Im Vergleich zu früheren Zyklen dürfte der Anstieg allerdings durch einen weiteren Rückgang des Mineralölverbrauchs gebremst werden. Mit der sich belebenden Verbrauchsnachfrage und Investitionstätigkeit wird auch die Einfuhr von Fertigwaren im zweiten Halbjahr 1982 wieder steigen. Im Jahresdurchschnitt ist für die reale Wareneinfuhr 1982 nur eine leichte Zunahme um 2 vH zu erwarten, nach einem Rückgang von 4 vH im Jahr 1981.

Die Einfuhrpreise in DM werden bis weit in das Jahr 1982 hinein sinken, und zwar vor allem wegen der zunächst weiter abbröckelnden Preise auf den Weltrohstoffmärkten, zum Teil aber auch wegen der fortgesetzten Aufwertungstendenz der DM.

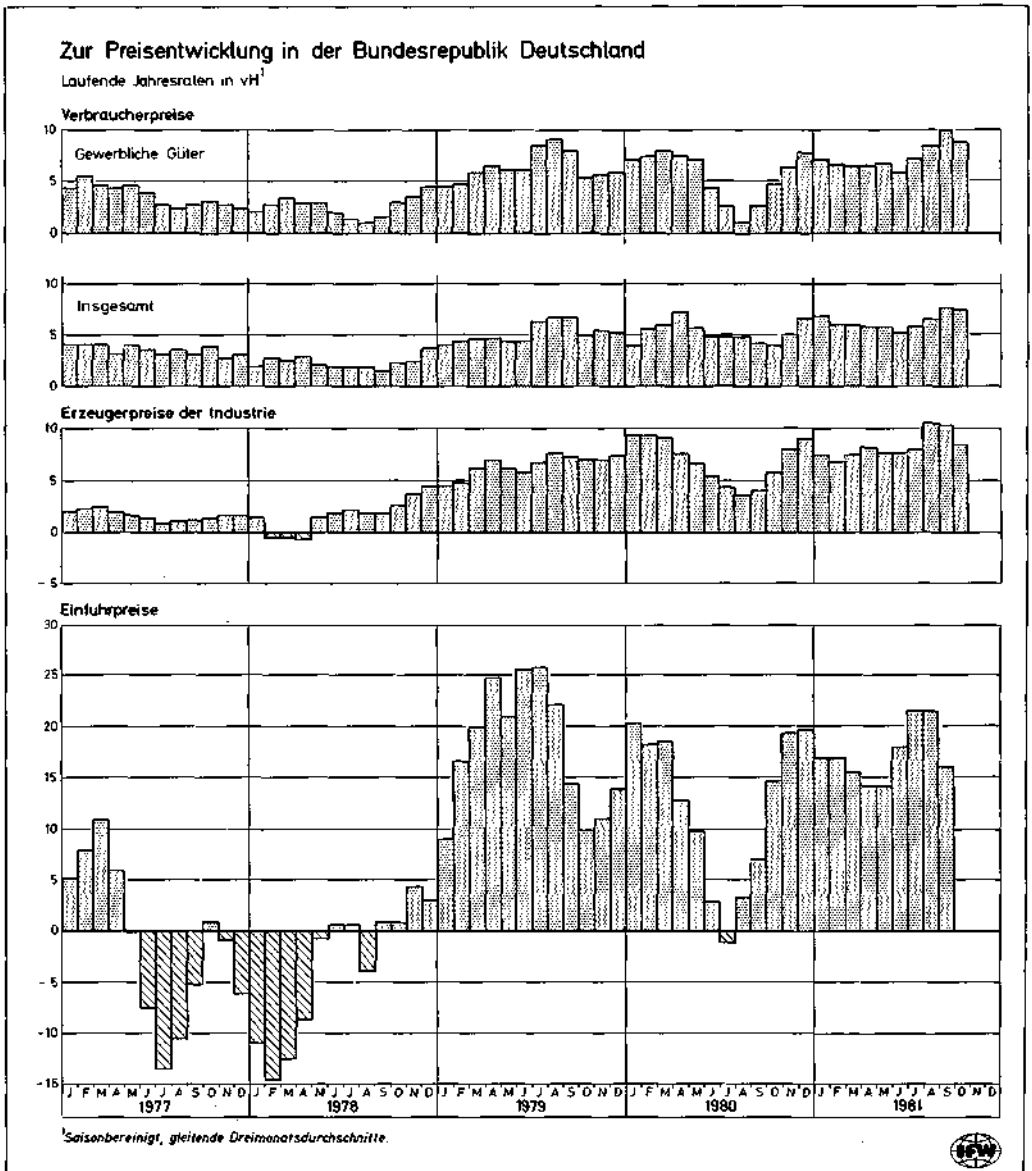
### **Abnehmendes Defizit der Leistungsbilanz**

28. Der Überschuß der Handelsbilanz ist im bisherigen Verlauf des Jahres 1981 deutlich größer geworden. Die Durchschnittswerte der Einfuhr sind zwar wechselkursbedingt beträchtlich stärker gestiegen als die der Ausfuhr, die Verbesserung der realen Außenhandelsposition war aber so kräftig, daß die Handelsbilanz deutlich günstiger ausfiel. Damit hat sich auch das Defizit der Leistungsbilanz von dem Rekordniveau von 9 Mrd. DM im ersten Quartal 1981 auf jeweils rd. 6 Mrd. DM (saisonbereinigt) in den beiden folgenden Quartalen vermindert. Dabei wiesen sowohl die Dienstleistungsbilanz (wegen steigender Zinszahlungen) als auch die Übertragungsbilanz (wegen erhöhter Zahlungen an die EG) zunehmende Defizite auf. Das Leistungsbilanzdefizit wird 1981 niedriger ausfallen als 1980 (30 Mrd. DM). Im Jahre 1982 dürfte es bei 10–15 Mrd. DM liegen. Dazu wird insbesondere die Verbesserung der Terms of Trade beitragen.

## Verzögerte Preisberuhigung

29. Die von der Geldpolitik angelegte und angesichts rückläufiger Nachfrage zu erwartende Preisberuhigung ist bislang nicht eingetreten. Konterkarierend wirkte der starke Kostendruck, der insbesondere von der Verteuerung der importierten Vorprodukte infolge der starken Abwertung der DM gegenüber dem Dollar herrührte. Die Preise für importierte Vorprodukte lagen im August 1981 – dem Monat, in dem der \$/DM-Kurs seinen Höchststand hatte – um etwa 30 vH über dem Vorjahr, die der gesamten Einfuhr um rd. 20 vH (Schaubild 6). Infolge der merklichen Aufwertung der DM gegenüber dem \$ stiegen die Einfuhrpreise schon im September 1981 deutlich langsamer. Diese Tendenz dürfte sich –

Schaubild 6



verstärkt durch die Wechselkursanpassung im EWS - fortgesetzt haben. Der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise beschleunigte sich im Sommer 1981 vor allem in den Bereichen, die besonders stark von der abwertungsbedingten Verteuerung der Einfuhr betroffen waren (Grundstoffindustrie und hier besonders Mineralöl und Chemie).

Auf der Verbraucherstufe lag die laufende Jahresrate des Preisanstiegs im Herbst 1981 bei reichlich 7 vH. Nach den kräftigen Preisanhebungen für Heizöl und Kraftstoffe gerieten auch die Produkte in den Strudel des Preisauftriebs, deren Preise erst mit Verzögerung auf die Erhöhung des Ölpreises reagieren, nämlich Gas, Elektrizität und Kohle. Zuletzt trugen schließlich auch starke Preiserhöhungen für Fleisch und Fleischwaren zur Verteuerung der Lebenshaltung bei. Hier machte sich bemerkbar, daß die Erzeuger auf den bereits länger anhaltenden Ertragsdruck mit einer Abnahme ihrer Viehbestände reagiert hatten.

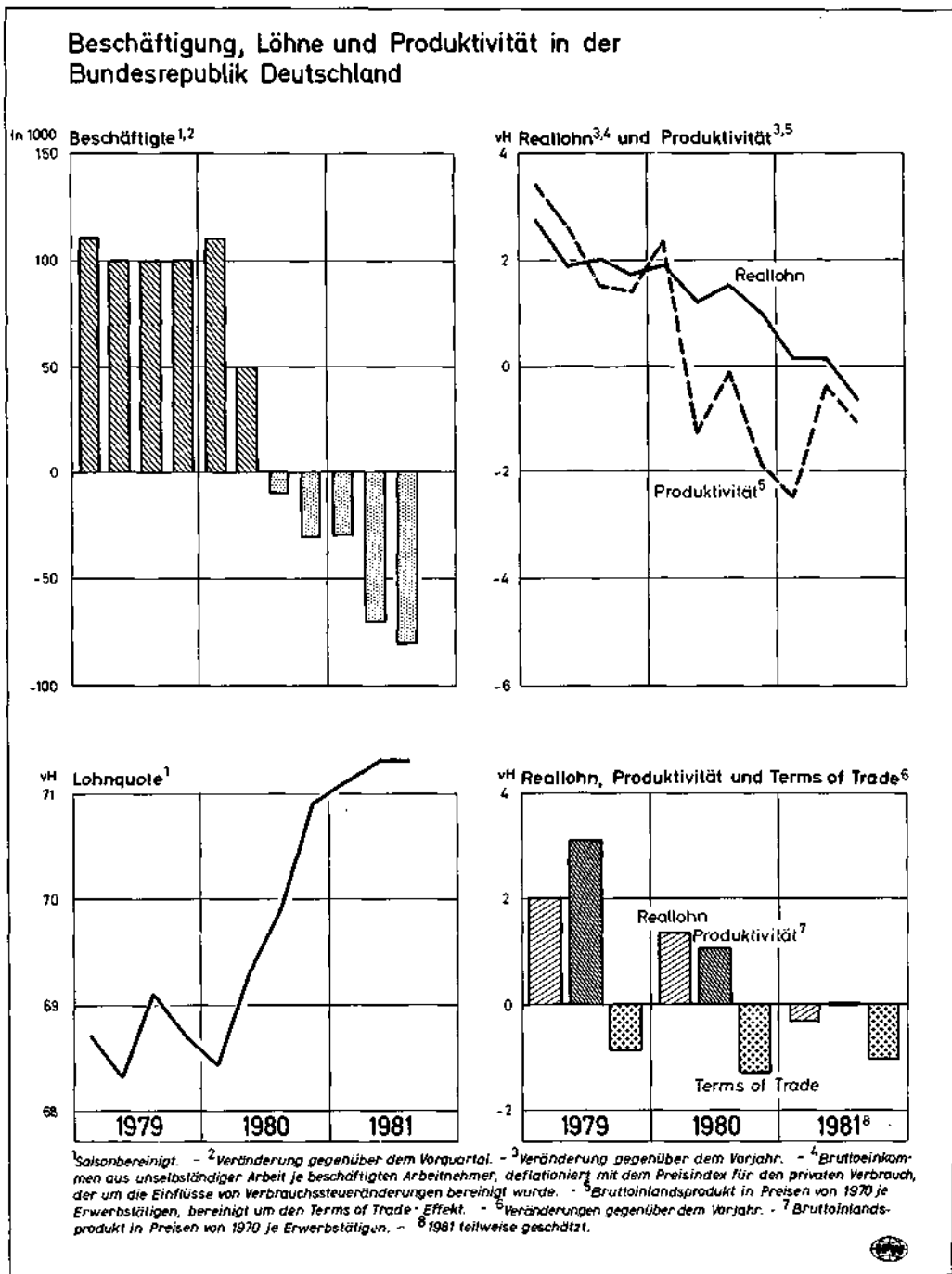
30. Mit der Wende in der Wechselkursentwicklung werden die Inflationsanstöße aus dem Ausland nachlassen. Dann dürften die inflationsdämpfenden Wirkungen der langanhaltenden restriktiven Geldpolitik die Oberhand gewinnen. Die Verlangsamung des Anstiegs der Verbraucherpreise im Jahre 1982 könnte noch deutlicher ausfallen, wenn sie nicht durch wirtschaftspolitische Maßnahmen gebremst würde. So führt die Erhöhung der Verbrauchsteuern für Tabak, Branntwein und Sekt zu einem Preisanstieg von etwa einem halben Prozentpunkt. Außerdem werden die Postgebühren und die Verkehrstarife der Bundesbahn kräftig erhöht. Der laufende Preisanstieg dürfte sich jedoch bis zum Jahresende 1982 halbieren und damit auf eine Jahresrate von rd. 3 vH zurückgehen. Wegen der steuerlichen Maßnahmen und des beträchtlichen Überhangs wird die Teuerungsrate im Vorjahresvergleich freilich immer noch relativ hoch ausfallen. Für das Jahr insgesamt wird der Preisanstieg 1982 etwa 4,5 vH betragen, nach rd. 6 vH im Vorjahr. Am Jahresende 1982 dürfte aber die Vorjahrsrate erheblich unter 4 vH liegen.

### **Kräftiger Anstieg der Arbeitslosigkeit**

31. Die Zahl der Arbeitslosen hat sich im Laufe des Jahres 1981 stark erhöht; das Angebot an offenen Stellen ist deutlich gesunken. Im Herbst 1981 entfielen auf eine offene Stelle etwa neun Arbeitslose, also doppelt so viele wie Ende 1980. Neben der Konjunkturverschlechterung trugen die überhöhten Lohnabschlüsse von 1980 und 1981 zu dem Anstieg der Arbeitslosenzahl bei. In beiden Jahren war der Anstieg des Reallohns größer als die Zunahme des verteilbaren Produktivitätsfortschritts, vor allem wegen der starken Verschlechterung der Terms of Trade (Schaubild 7). Die daraus resultierende Gewinnkompression hat nicht nur das Investitionsklima beeinträchtigt, sondern auch den Abbau der Beschäftigung verstärkt. Erschwerend kam hinzu, daß die Erwerbspersonenzahl durch den Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in den Arbeitsmarkt weiter stieg. Angesichts der ungünstigen Konjunkturlage haben die Unternehmen verstärkt Kurzarbeit eingeführt. Das Ausmaß der Kurzarbeit ist jedoch wesentlich geringer als in der Rezession 1974/75, wohl vor allem, weil die Absatz- und Ertrags Erwartungen sich diesmal nachhaltiger verschlechtert haben.

32. Mit der Fortsetzung des Abschwungs im ersten Halbjahr 1982 ist bereits ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit vorprogrammiert. Zudem ist zu befürchten, daß die Tarifparteien unter dem Eindruck des noch starken Preisanstiegs 1982 Tariflohnerhöhungen beschließen, die weder der hohen Arbeitslosigkeit noch der weiter steigenden Erwerbspersonenzahl Rechnung tragen. Da die Beschäftigung in der Regel nur verzögert an die Produktionsentwicklung angepaßt wird, dürfte die Zahl der Arbeitslosen, auch bei einer konjunkturellen Wende im zweiten Halbjahr, bis Ende 1982 zunehmende Tendenz aufweisen. Im Jahresdurchschnitt dürfte sie auf  $1\frac{3}{4}$  Millionen steigen. Im Winter 1982/83 wird die Arbeitslosenzahl in der Saisonspitze wohl über zwei Millionen liegen.

Schaubild 7



### Abschwung gewinnt wieder Fahrt

33. Aufgrund der anhaltend restriktiven Geld- und Finanzpolitik ist 1982 ein weiterer Rückgang der Inlandsnachfrage zu erwarten. Von der Auslandsnachfrage dürfte die Produktionstätigkeit, vor allem Anfang 1982, kaum gestützt werden. Zum einen ist nach der Wechselkursanpassung im Europäischen Währungssystem mit einer merklichen Reaktion



auf vorgezogene Auslandskäufe zu rechnen. Zum anderen hat sich das Konjunkturklima in vielen anderen Industrieländern spürbar verschlechtert. Insgesamt ist daher eine deutliche Abschwächung der Exporte zu erwarten. Ein endogener Lageraufschwung als Reaktion auf den Lagerabbau im Verlauf von 1981 ist kaum zu erwarten. Anhaltender Kostendruck und ungünstige Absatzerwartungen werden die Unternehmen veranlassen, die Vorräte weiter niedrig zu halten. Das reale Sozialprodukt dürfte daher im Winterhalbjahr 1981/82 noch einmal deutlich sinken. Angesichts der erwarteten Weltkonjunktur und der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ist frühestens im Verlauf des zweiten Halbjahrs 1982 mit einer Erholung zu rechnen. Damit dürfte das reale Sozialprodukt 1982 wie schon im Jahr zuvor im Jahresdurchschnitt um rd. 1 vH sinken (Tabelle 2). Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wird etwa auf den Stand von 1975 zurückgehen.

34. Diese Prognose setzt voraus, daß die Finanzpolitik 1982 angesichts konjunkturbedingt steigender Defizite nicht ihren prozyklischen Kurs noch verstärkt, daß die Tarifparteien sich rasch auf Lohnerhöhungen einigen, die deutlich unter der voraussichtlichen Inflationsrate von 4,5 vH liegen, und daß die Geldpolitik durch eine wechselkursorientierte Zinspolitik eine potentialgerechte Ausweitung der Geldmenge nicht verhindert. Die Verbesserung der außenwirtschaftlichen Rahmendaten – Festigung der DM, rückläufige Leistungsbilanzdefizite und sinkende Zinsen in den Vereinigten Staaten – dürfte den Übergang zu einer solchen Politik erleichtern. Angesichts hoher Lohnforderungen und Inflationsraten sind die Bedenken gegen einen Anstieg des Staatsdefizits und ein Lockern der monetären Bremsen freilich noch groß. Das Risiko, daß die wirtschaftspolitische Weichenstellung später erfolgt als in dieser Prognose unterstellt und daß der Abschwung länger und tiefer ausfällt, ist daher nicht unerheblich. Ähnliches gilt für die Wirtschaftspolitik in anderen Industrieländern. Zudem besteht die Gefahr, daß zunehmende protektionistische Bestrebungen den Export behindern.

#### **Noch kein Konzept zur Lösung der Arbeitsmarktprobleme**

35. Von dem Anstieg der Arbeitslosigkeit in den Jahren 1980/81 waren überwiegend weniger qualifizierte Arbeitnehmer betroffen. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, daß die Tarifparteien bei den Lohnabschlüssen dem Bedarf an Lohndifferenzierung, der in Abschwungsphasen besonders hoch ist, nicht Rechnung trugen. Denn verstärkte Rationalisierungsinvestitionen, mit denen die Unternehmen in der Rezession versuchen, ihre Wettbewerbsposition zu verbessern, erhöhen in der Regel vor allem die Produktivität der Facharbeiter und weniger die der Arbeitskräfte mit geringerer Qualifikation. Eine solche Entwicklung war auch in der Rezession 1974/75 zu beobachten. Da bei den Lohnabschlüssen in den darauffolgenden Jahren nicht genügend Raum für mehr Lohndifferenzierung geschaffen wurde, sank die Arbeitslosenquote nach der Rezession nicht wieder auf den alten Stand, sondern pendelte sich auf ein deutlich höheres Niveau ein (Schaubild 8). Dazu beigetragen hat die Sozialpolitik, die durch höhere Einkommensübertragungen nicht nur bewirkte, daß sich die sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit in Grenzen hielten, sondern auch verhinderte, daß die ungünstige Arbeitsmarktentwicklung zu niedrigeren Lohnabschlüssen und mehr Lohndifferenzierung führte<sup>1</sup>. Wenn vermieden werden soll, daß der Anstieg der Erwerbspersonenzahl in den achtziger Jahren zu noch mehr Arbeitslosigkeit führt, ist eine Neuorientierung der Lohn- und Sozialpolitik dringend geboten. Um den dabei angestrebten Beschäftigungsanstieg zu erreichen, müssen allerdings auch die Finanz- und die Geldpolitik dazu beitragen, die Wachstumschancen zu verbessern.

<sup>1</sup> Vgl. Rüdiger Soltwedel, *Krise der Arbeitsmarktpolitik*, in diesem Heft.

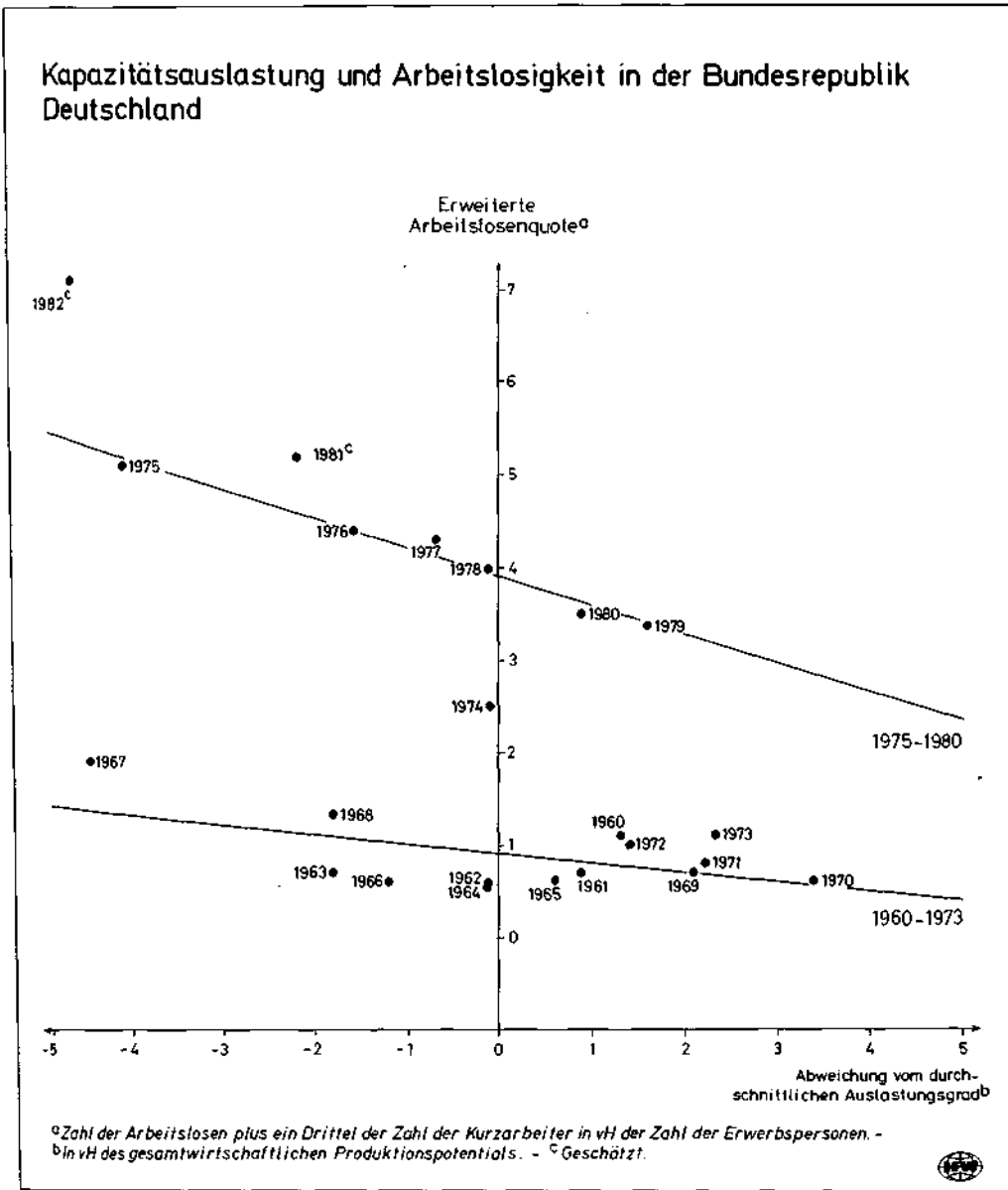
Tabelle 2 - Eckdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland  
1977-1982  
- Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH -

	1977	1978	1979	1980	1981 <sup>1</sup>	1982 <sup>1</sup>
<b>Verwendung des Sozialprodukts</b>						
in jeweiligen Preisen						
Privater Verbrauch .....	7,4	6,6	7,3	7,2	4,5	4,5
Staatsverbrauch .....	5,4	7,4	8,3	9,0	7,0	4,0
Ausrüstungsinvestitionen .....	10,2	10,5	12,1	6,8	0	- 2,0
Bauinvestitionen .....	5,6	9,1	17,2	14,8	0,5	- 2,5
Vorratsveränderung (Mrd. DM) ....	(13,2)	(9,4)	(25,6)	(18,9)	(3,0)	(3,0)
Ausfuhr .....	5,9	5,3	10,0	12,4	12,0	6,0
Einfuhr .....	6,2	3,2	18,9	17,3	11,0	3,5
Außenbeitrag (Mrd. DM) .....	(29,5)	(37,25)	(13,27)	(-3,1)	(3,5)	(17,0)
Bruttosozialprodukt .....	6,7	7,5	8,3	6,7	3,5	3,5
<b>Verwendung des Sozialprodukts</b>						
in Preisen von 1970						
Privater Verbrauch .....	3,5	4,0	3,3	1,7	- 1,5	- 0,5
Staatsverbrauch .....	0,5	4,2	3,3	2,6	1,5	1,0
Ausrüstungsinvestitionen .....	7,7	8,2	9,5	2,9	- 3,5	- 5,0
Bauinvestitionen .....	1,3	2,9	7,6	4,4	- 4,0	- 5,0
Vorratsveränderung (Mrd. DM) ....	(9,5)	(6,6)	(17,4)	(12,1)	(2,0)	(2,0)
Ausfuhr .....	4,3	4,1	5,8	5,9	6,0	2,0
Einfuhr .....	4,7	5,2	11,0	5,8	1,5	2,5
Außenbeitrag (Mrd. DM) .....	(27,0)	(25,7)	(15,74)	(16,9)	(29,0)	(28,5)
Bruttosozialprodukt .....	2,8	3,6	4,4	1,8	- 1,0	- 1,0
<b>Preisniveau des Bruttosozialprodukts</b>						
(1970 = 100)						
Privater Verbrauch .....	3,8	2,6	3,9	5,4	6,0	4,5
Ausrüstungsinvestitionen .....	2,3	2,2	2,4	3,8	3,5	3,0
Bauinvestitionen .....	4,2	6,1	9,0	10,0	5,0	2,5
Ausfuhr .....	1,6	1,2	4,1	6,2	6,5	4,0
Einfuhr .....	1,5	- 1,9	7,2	10,9	9,0	1,0
Bruttosozialprodukt .....	3,8	3,8	3,7	4,8	4,5	4,5
<b>Entstehung des Bruttosozialprodukts</b>						
in Preisen von 1970						
Arbeitsvolumen .....	- 1,0	- 0,1	0,8	0,2	- 2,5	- 2,5
Produktivität .....	4,0	3,3	3,7	1,7	1,5	1,5
Bruttoinlandsprodukt .....	3,0	3,2	4,5	1,9	- 1,0	- 1,0
<b>Einkommensverteilung</b>						
Volkseinkommen .....	6,7	7,4	7,8	6,0	2,5	3,0
Bruttoeinkommen aus						
Unternehmertätigkeit und Vermögen	6,0	9,1	8,3	1,4	- 3,5	4,5
Bruttoeinkommen aus						
unselbständiger Arbeit .....	6,9	6,7	7,7	7,9	4,5	2,0
dito in vH des Volkseinkommens ...	71,5	71,0	70,9	72,2	73,5	73,5
Lohnkosten je Produkteinheit <sup>2</sup> ....	3,3	2,9	2,5	5,4	5,5	3,0
<b>Staat<sup>3</sup></b>						
Einnahmen .....	9,6	6,5	7,3	6,8	3,5	5,0
Ausgaben .....	6,7	7,1	8,0	8,0	6,0	4,5
Finanzierungssaldo .....	-29,2	-34,5	-41,0	-51,4	-70,0	-70,0

<sup>1</sup> Geschätzt. - <sup>2</sup> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. - <sup>3</sup> Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Wiesbaden 1981, H. 9. - Eigene Schätzungen.

Schaubild 8



36. Angesichts der Komplexität der Arbeitsmarktprobleme ist es kaum möglich, rasch eine Trendwende bei der Entwicklung der Arbeitslosigkeit herbeizuführen. Die Strategie zur Verbesserung der Beschäftigungslage sollte daher mittelfristig angelegt und so gestaltet sein, daß der Versuch, sich der Vollbeschäftigung zu nähern, mit marktkonformen Mitteln und nicht gegen die Marktkräfte unternommen wird. Die gegenwärtige Wirtschaftspolitik entspricht diesen Anforderungen jedoch kaum. Zum einen reagiert die Wirtschaftspolitik - vor allem die Geldpolitik - zu stark auf laufende Fehlentwicklungen mit dem Ziel, kurzfristig Wirkungen zu erzielen. Dabei werden aber die späteren, häufig wesentlich stärkeren und

dann oft unerwünschten Wirkungen vernachlässigt oder unterschätzt. So hat der Bremskurs der Geldpolitik im Frühjahr 1981 zwar einen noch stärkeren Preisanstieg verhindern können, jedoch nur auf Kosten weiterer Produktions- und Beschäftigungsrückgänge. Zum anderen besteht in der Sozial- und Finanzpolitik weiterhin die Tendenz, die sozialen Besitzstände für alle Arbeitsmarktgruppen mit erhöhtem Beschäftigungsrisiko aufrechtzuerhalten. Dadurch wird der lohnpolitisch erforderliche Anpassungsprozeß behindert; zudem führen diese Maßnahmen wegen ihrer negativen Beschäftigungswirkungen zu einer Überforderung der öffentlichen Haushalte, mit dem Resultat, daß auch wachstumsfördernde öffentliche Investitionen zugunsten von Transferzahlungen reduziert werden.

### Haushaltskonsolidierung schließt Wachstumsförderung nicht aus

37. Der Finanzpolitik wird vielfach empfohlen, auf eine antizyklische Ausgabenpolitik umzuschalten und die Konjunktur vor allem durch staatliche Investitionsprogramme anzuregen. Die Erfahrung mit solchen Programmen ist jedoch nicht ermutigend. Sie können zwar rasch konzipiert und beschlossen werden, doch dauert es geraume Zeit, bis tatsächlich Aufträge vergeben werden. Häufig fällt die zusätzliche Nachfrage dann in eine Zeit, in der die konjunkturelle Entwicklung ohnehin aufwärtsgerichtet ist. So war es auch mit dem Programm für Zukunftsinvestitionen von 1977.

38. Die Absage an eine antizyklisch intendierte Finanzpolitik bedeutet nun aber nicht, daß es richtig wäre, an den für Zeiten der normalen Konjunkturlage festgelegten Zielgrößen für das staatliche Defizit festzuhalten, wenn der Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials unter den „Normalauslastungsgrad“ absinkt. Vielmehr sollten Mehrausgaben und Mindereinnahmen, die sich konjunkturbedingt ergeben, hingenommen werden. So bedingte Ausweitungen des Defizits sind durch zusätzliche Kreditaufnahme zu finanzieren; sie bilden sich im folgenden Aufschwung zurück und bedürfen nicht der „Konsolidierung“. Allerdings ist nicht jedes Mehr an Ausgaben und Weniger an Einnahmen, das im Abschwung entsteht, konjunkturbedingt. So wird das konjunkturelle Defizit zum Beispiel überschätzt, wenn eine trendmäßige Zunahme der Arbeitslosigkeit zu beobachten ist. Für den Bundeshaushalt im Jahre 1982 bedeutet dies bei vorsichtiger Schätzung des konjunkturbedingten Fehlbetrags, daß bei der hier prognostizierten Entwicklung ein Defizit von 30–35 Mrd. DM kein Anlaß für Ausgabenkürzungen oder Steuer- und Beitragsanhebungen sein darf.

39. Um die Finanzpolitik wieder stärker an allokatons- und wachstumspolitischen Zielen auszurichten, wäre es wünschenswert, den in den letzten Jahren erreichten hohen Staatsanteil schrittweise zu reduzieren und die Ausgabenstruktur so zu ändern, daß die individuelle Leistungs- und Risikobereitschaft gefördert wird. Die Abflachung des Ausgabenanstiegs führt zwar kurzfristig zu kontraktiven Nachfrageeffekten, doch ist dies der Preis für das stärkere Wachstum, das man sich aus der Zurückdrängung der staatlichen Ansprüche an das gesamtwirtschaftliche Produktionspotential verspricht. Die direkten nachfragedämpfenden Wirkungen bleiben im übrigen gering, wenn die Ausgabenexpansion allmählich gedrosselt wird und anpassungshemmende Subventionen und Sozialleistungen zugunsten öffentlicher Investitionen abgebaut werden<sup>2</sup>. Es sollten bereits jetzt Steuerentlastungen etwa ab 1983 und für die Jahre danach verbindlich angekündigt werden. Dies könnte schon 1982 die

---

<sup>2</sup>Zu Einzelbeispielen vgl. Alfred Boss et al., *Bundesrepublik Deutschland: Anhaltender Abschwung*. Die Weltwirtschaft, Tübingen 1981, H. 1, S. 32 f. – Weltweite Neuorientierung der Wirtschaftspolitik? Institut für Weltwirtschaft, Kieler Diskussionsbeiträge, 80, Kiel, September 1980, S. 29 ff.

Investitionen anregen, so daß eine solche Strategie auch kurzfristig zu mehr Produktion führt. Geeignete Maßnahmen wären ein weiterer Abbau der Gewerbesteuer und eine Einkommensteuersenkung, verbunden mit der Einführung eines neuen (indexierten) Steuertarifs, um zu verhindern, daß die Einkommen inflationsbedingt höheren Steuersätzen unterliegen. Notwendig wäre es auch, die Abschreibungsvorschriften so zu ändern, daß die Besteuerung inflationsbedingter Scheingewinne infolge zu niedriger Abschreibungen vermieden wird<sup>3</sup>.

### **Umorientierung der Lohnpolitik notwendig**

40. Angesichts der ungünstigen Arbeitsmarktlage ist es dringend erforderlich, die Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Investitionsbelebung zu schaffen, damit genügend international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze entstehen. Dazu bedarf es nicht nur eines Übergangs zu einer potentialorientierten Geldmengenpolitik und einer wachstumsfördernden Finanzpolitik, sondern auch ausgeprägter lohnpolitischer Zurückhaltung. Um die Arbeitslosigkeit deutlich abzubauen und die geburtenstarken Jahrgänge in das Erwerbsleben einzugliedern, muß der Reallohnanstieg über mehrere Jahre hinter dem verteilbaren Produktivitätsfortschritt zurückbleiben. In der Lohnrunde 1982 sollte als erster Schritt eine Pause für Nominalloohnerhöhungen vereinbart werden. Mit einer Verlängerung der bestehenden Tarifverträge um ein Jahr würden die Tarifparteien der ungünstigen konjunkturellen Entwicklung entsprechen. Um der Unsicherheit Rechnung zu tragen, könnten bereits jetzt nachträgliche Lohnanpassungen für den Fall vereinbart werden, daß sich der reale Verteilungsspielraum günstiger entwickelt und die Inflation höher ausfällt, als in dieser Prognose angenommen wird.

41. Nicht nur Zurückhaltung bei den Lohnabschlüssen, auch eine stärkere Auffächerung der Lohnstruktur ist notwendig, wenn die strukturelle Arbeitslosigkeit abgebaut werden soll. Die Struktur der Löhne muß dabei an die Qualifikationsstruktur der Arbeitnehmer angepaßt werden; auch sollte zugelassen werden, daß sich die Tarifabschlüsse in den einzelnen Branchen deutlich unterscheiden. Dies würde den Strukturwandel nicht hemmen, sondern dazu beitragen, daß der Anpassungsprozeß nicht so sehr durch Entlassungen und Insolvenzen, sondern stärker durch freiwillige Wanderungsbewegungen zustande kommt. Käme es zu einer Nominallohnpause, so ergäbe sich in gewissem Maße eine Anpassung der relativen Löhne über die Lohndrift. Dies allein scheint aber nicht ausreichend, um die Verzerrungen der Lohnstruktur in branchenmäßiger, qualifikationsmäßiger und wohl auch in regionaler Hinsicht zu beseitigen. In den Problembereichen wäre es durchaus erwägenswert, die Ertragslage und damit auch die Sicherheit der Arbeitsplätze nicht über Staatshilfen und willkürliche Preisheraufsetzungen wie jetzt in der Stahlindustrie, sondern durch die Vereinbarung von Lohnkürzungen zu verbessern. Die Lohnzurückhaltung sollte dadurch honoriert werden, daß die Arbeitnehmer am künftigen Gewinn beteiligt werden.

### **Geldpolitik muß auf potentialorientierten Kurs einschwenken**

42. Für eine konjunkturelle Erholung bedarf es vor allem einer Abkehr von der restriktiven Geldpolitik. Die Alternative bestünde freilich nicht darin, nun eine antizyklische Expansionspolitik zu verfolgen, sondern darin, eine potentialorientierte Geldmengenstrategie einzuschlagen. Um von vornherein zu verhindern, daß angesichts sinkender Inflationsraten

<sup>3</sup>Zu Lösungsvorschlägen vgl. Alan J. Auerbach, Dale E. Jorgenson, *The First Year Capital Recovery System*. Institute of Economic Research, Harvard University, Discussion Papers, No. 740, Cambridge, Mass., Februar 1980.

und abnehmender Leistungsbilanzdefizite die Erwartung entsteht, daß die Geldpolitik stärker gelockert und der potentialgerechte Pfad dabei überschritten würde, sollte die Bundesbank bereits jetzt für die kommenden Jahre Geldmengenziele beschließen, die potentialorientiert und auf einen schrittweisen Abbau der Inflation ausgerichtet sind. Dabei sollte sie von Anfang an alle wechselkurspolitischen Vorbehalte ausdrücklich ausschließen, dies gälte auch gegenüber dem EWS. Für die Durchsetzung solcher am Wachstum des Produktionspotentials orientierten Ziele wäre es erforderlich, die Liquiditätsversorgung der Wirtschaft allein durch mengenorientierte Offenmarktgeschäfte zu steuern und die Zinsentwicklung dem Markt zu überlassen. Die Ausschüttung des Bundesbankgewinns an den Bundeshaushalt muß eine solche Strategie nicht durchkreuzen. Zwar fließt durch die Gewinnausschüttung Zentralbankgeld in den Kreislauf, doch da der Bundesbank Zeitpunkt und Ausmaß der Operation bekannt sind, kann sie durch entsprechende Gegenmaßnahmen eine zielgerechte und stetige Ausweitung der Geldmenge sichern.

43. Das für 1982 verkündete Geldmengenziel – danach soll die Zentralbankgeldmenge vom vierten Quartal 1981 zum vierten Quartal 1982 wieder um 4-7 vH zunehmen – entspricht diesen Vorstellungen freilich kaum. Zwar wäre eine Geldmengenexpansion in der Mitte des Zielkorridors durchaus potentialgerecht, doch schließt die Bandbreite eine übermäßig expansive Politik ebensowenig aus wie einen anhaltend restriktiven Kurs. Die Bundesbank strebt an, die Zentralbankgeldmenge zunächst im unteren Bereich des Korridors zu halten. Eine stärkere monetäre Expansion macht sie abhängig von Fortschritten beim Abbau der Inflation und des Leistungsbilanzdefizits. Bei dem zu erwartenden Rückgang der Inflation und des Leistungsbilanzdefizits ist es wahrscheinlich, daß die Zentralbankgeldmenge im Verlauf des Jahres 1982 beschleunigt steigen wird.

#### Summary:

#### **Federal Republic of Germany: Heading for another decline in production**

1. In the course of 1981 the economic situation in the Federal Republic of Germany continued to worsen. With demand and production stagnating, capacity utilization had already decreased by fall to a level that was about 5 percentage points lower than at the beginning of the recession in early 1980. Concomitantly the situation on the labour market deteriorated substantially. By the end of 1981 the number of unemployed is some 50 per cent higher than a year before. The unemployment rate has reached 6.5 per cent, a level which had last been observed in the early fifties.

2. The downswing in 1981 was led by the pronounced weakness of domestic demand, as – contrary to all other postwar recessions – private consumption declined sharply. Investment in producer durable equipment which seemed to be relatively robust in 1980, decreased as well. Only the vigorous increase in exports – following a real depreciation of the D-Mark – prevented a marked reduction of real GNP.

3. Due to the continuing restrictive stance of monetary and fiscal policy domestic demand is likely to decline further in 1982. Foreign demand is expected to decline in early 1982 since the economic development in many industrial countries has deteriorated perceptibly and, in addition, there is likely to be a reaction on advanced purchases after the revaluations in the EMS. An endogenous inventory accumulation as a reaction to the reduction of stocks in the course of 1981 is not likely. Continuing cost pressures and unfavourable sales expectations will cause enterprises to keep stocks at a low level. All in all, real GNP will once more decline. In view of the current tendencies in world economic activity and in economic policy a

recovery can be expected in the second half of 1982 at the earliest. For the year as a whole real GNP will decrease again by some 1 per cent. Capacity utilization will drop to the low level reached in the 1975 recession.

4. This forecast is based on the assumption that fiscal policy – in view of higher deficits – does not intensify its procyclical course, that wage increases are below the expected inflation rate of some 4.5 per cent and that monetary policy allows the money supply to expand at a rate which is oriented towards the growth rate of potential output instead of focusing on interest rates in order to achieve exchange-rate targets. In view of the improvement in the foreign position – the strengthening of the D-Mark, decreasing current account deficits and declining interest rate in the United States – monetary policy is likely to perceive room for a shift away from its restrictive stance.

However, in view of high wage demands and inflation there is still resistance to accept an increase in the budget deficit and to loosen monetary brakes. Therefore, the risk is considerable that economic policy will not move to a less restrictive stance as early as assumed, thus causing the downswing to be longer and more pronounced. Not only are similar risks prevalent in other industrial countries but, additionally, increasing protectionism might hamper exports.

5. The appreciation of the D-Mark is likely to slow down inflationary impulses from abroad. Therefore, in 1982 the dampening effects of the long lasting restrictive monetary policy will predominate. By the end of 1982 the current rate of increase in consumer prices will have been halved to some 3 per cent. However, due to the overhang, inflation will remain relatively high on a year-over-year basis. The price increase will be about 4.5 per cent in 1982 after some 6 per cent in 1981. At the end of 1982 the year-on-year rate of change will be below 4 per cent.

6. The ongoing recession in the first half of 1982 also means that unemployment will increase further. Additionally, it is to be feared that in view of high inflation wage increases will be settled upon which will not be low enough to allow for an expansion in the number of jobs to absorb the unemployed and new entrants into the market. Because employment is affected by production only with a lag, unemployment will increase till the end of 1982 even if the cyclical turning-point is reached in the second half of 1982. During winter 1982/83 the number of unemployed will be above 2 million.

7. In view of the unfavourable labour market development it is urgently necessary to improve the conditions for a sustained recovery of investment activity. Therefore, not only a move towards a steady, medium-term oriented monetary policy and a growth-stimulating fiscal policy is required, but also modest wage settlements. To reduce unemployment and to integrate the newcomers into the labour market the increase in real wages has to be below the increase of productivity – corrected for terms of trade effects – for a number of years. As a first step a freeze of nominal wages should be agreed upon. However, adjustment clauses should complement the settlements, to allow for retroactive wage increases if the rise of productivity and prices turns out to be higher than anticipated in the forecast.

8. The announced monetary target provides an expansion of central bank money from the fourth quarter of 1981 to the fourth quarter of 1982 in the range of 4 to 7 per cent. An expansion in the middle of the range seems to be in line with a medium-term oriented course. However, the wide range gives room for an overly expansionary as well as a continuing restrictive course. Presently, the Bundesbank strives for an expansion of central bank money in the lower target range. According to the Bundesbank a stronger monetary expansion depends on further progress in reducing inflation and the current account deficit. Due to these reservations economic agents remain uncertain about the course of monetary policy.